



1 Entwicklungspolitik im Zeichen einer sich wandelnden, multipolaren Welt

Die Welt verändert sich tiefgreifend – wirtschaftlich, ökologisch und gesellschaftlich. Die Menschheit muss die Transformation zu Klimaneutralität bewältigen, sich an den fortschreitenden Klimawandel anpassen und zugleich bestehende und weiter zunehmende Ungleichheiten abbauen. Das bedeutet, dass die Wirtschaft und unser gesamtes Handeln nachhaltiger werden müssen: um ökonomischen Fortschritt sozial gerecht zu gestalten und die endlichen ökologischen Ressourcen zu schützen.

Zu Beginn der Legislaturperiode schien es undenkbar, dass ein Krieg in Europa die Arbeit der neuen Bundesregierung derart bestimmen würde. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine markiert eine Zäsur für Europa und eine sicherheitspolitische Zeitenwende. Auch der Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dessen weitreichende Auswirkungen stellen die Weltgemeinschaft vor große Herausforderungen.



Der Trend zu einer multipolaren Welt hat sich in der 20. Legislaturperiode noch verstärkt. Viele Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika treten heute als wirtschaftlich und geopolitisch selbstbewusste Akteure auf. Diese Staaten fordern gleiche Möglichkeiten und Rechte ein und organisieren sich in neuen Allianzen.

Mit seinen 54 Staaten hat Afrika heute wachsenden geopolitischen Einfluss auf die internationale Ordnung. Neben Herausforderungen wie steigenden Schuldenlasten, teilweise autoritären Entwicklungen und einer Zunahme von Fragilität bleiben die Chancen groß: Afrika ist der jüngste und am schnellsten wachsende Kontinent mit Innovation und Arbeitskraft. Die Staaten Afrikas besitzen strategisch wichtige Ressourcen für erneuerbare Energien und Landwirtschaft, urbane Wirtschaftszentren, bedeutende Kohlenstoff-Speicher sowie eine einzigartige biologische Vielfalt.

Lateinamerika ist Schlüsselkontinent für den Klima-, Umwelt- und Biodiversitätsschutz. Die Region beherbergt die weltweit größte Fläche an tropischem Regenwald und 40 Prozent der weltweiten Biodiversität.

China ist heute Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale für Deutschland. Dabei haben die Rivalität und der Wettbewerb in den vergangenen Jahren zugenommen; zugleich aber bleibt China ein Akteur, der angesichts seiner Ressourcen und Fähigkeiten in besonderer Verantwortung steht, substantiell zur Lösung der drängendsten globalen Herausforderungen wie etwa dem Klimawandel, der Umwelt- und Verschmutzungskrise und wachsenden Armut beizutragen.

Indien, als mittlerweile bevölkerungsreichstes Land der Welt und fünftgrößte Volkswirtschaft, nimmt heute eine Schlüsselrolle bei der Lösung globaler Entwicklungsfragen ein.

Für einen wirksamen Schutz und die Gewährleistung globaler öffentlicher Güter wie Frieden und Sicherheit, Klima, Umwelt und Gesundheit bleiben die regelbasierte multilaterale Ordnung und starke und handlungsfähige internationale Organisationen unerlässlich. Die Lähmung des VN-Sicherheitsrats bei der Bearbeitung gegenwärtiger Kriege und gewaltsamer Konflikte und die festgefahrenen Reformbemühungen in der Welthandelsorganisation sind nur einige der gegenwärtigen Herausforderungen.

Die Verabschiedung des Zukunftspaktes im September 2024 durch die Generalversammlung in New York hat gezeigt, dass die Vereinten Nationen trotz aller Krisen noch in der Lage ist, angemessene Antworten für die Zukunft zu finden. Das gilt es zu stärken.

Die deutsche Entwicklungspolitik nimmt bei der Gestaltung der sich wandelnden internationalen Ordnung im Dialog mit Partnerländern, im Rahmen der Europäischen Union und in multilateralen Organisationen eine wichtige Rolle ein. Sie vertritt gleichermaßen deutsche Interessen in der Welt und stärkt die Achtung der Menschenrechte¹ sowie universelle Werte von Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtstaatlichkeit im Sinne der Agenda für nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030).

Die Agenda 2030 war auch in der 20. Legislaturperiode die Richtschnur der deutschen Entwicklungspolitik. Die Bundesregierung hat stetig daran gearbeitet, den weltweiten Krisenmodus zu überwinden und einen Beitrag zu einer global gerechten, ökologischen und nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 (*leave no one behind* – niemanden zurücklassen) zu leisten.

In den vergangenen drei Jahren haben die Covid-19-Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, neue Höchstzahlen an Flüchtlingen und Binnenvertriebenen sowie klimabedingte Katastrophen die Umsetzung der Agenda 2030 allerdings weiter gehemmt. Entwicklungsfortschritte, zum Beispiel bei der Ernährungssicherung, der Achtung von Menschenrechten, Armutsreduzierung oder der Gleichstellung der Geschlechter, wurden teilweise wieder zunichte gemacht. In Bezug auf den Hunger ist die Welt Ende 2022 wieder auf das Niveau von 2005 zurückgefallen, mit schätzungsweise 2,4 Milliarden Menschen, die an Hunger leiden. Setzt sich der derzeitige Trend fort, werden im Jahr 2030 immer noch 575 Millionen Menschen in extremer Armut leben.²

Es bedarf daher einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Weltgemeinschaft, die 17 Nachhaltigkeitsziele bis zum Jahr 2030 zu erreichen.

Globale Strukturen stärken – Schwerpunkte und Ergebnisse der Entwicklungspolitik in der 20. Legislaturperiode

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen umzusetzen. Die deutsche Entwicklungspolitik leistet damit ihren Beitrag, den globalen Strukturwandel gerecht zu gestalten und globale öffentliche Güter in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu schützen. Zugleich baut sie langfristig wirksame und nachhaltige Strukturen auf. Sie kann im Katastrophen- und Konfliktfall schnell und flexibel reagieren, wirkt aber vor allem vorbeugend und strukturbildend. Dabei setzt die Bundesregierung neben vertrauensvoller bilateraler Zusammenarbeit mit Partnerländern und substantiellem zivilgesellschaftlichem Engagement insbesondere auf multilaterale Lösungen.

In der 20. Legislaturperiode setzte die Bundesregierung folgende entwicklungspolitische Schwerpunkte:

➔ Globale Gesundheit und körperliche Selbstbestimmung ermöglichen

Die Covid-19-Pandemie hat der Welt drastisch vor Augen geführt, dass der Schutz vor Infektionskrankheiten, wirksame Pandemieprävention und funktionierende Gesundheitssysteme zentral für die globale Gesundheit sind. Denn neben den direkten Folgen der Pandemie für Millionen von Menschen kam es auch zu enormen Rückschritten bei der Bekämpfung anderer Krankheiten, insbesondere bei den Ärmsten der Armen.

Als Antwort auf die Pandemie hat sich die Bundesregierung für die Stärkung der globalen Gesundheitsarchitektur eingesetzt und sich maßgeblich an der Finanzierung der internationalen Kooperationsplattform „Access to Covid-19 Tools Accelerator“ (ACT-A) zur Entwicklung, Produktion und gerechten Verteilung von Impfstoffen, Medikamenten und

1 Siehe ergänzend: [15. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung](#).

2 Quelle: [The Sustainable Development Goals Report, Special edition, United Nation 2023](#).

Tests gegen Covid-19 beteiligt. Gleichzeitig hat sie den Globalen Fonds für Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) und die Globale Impfallianz (Gavi) unterstützt und weltweit Gesundheitssysteme aufgebaut. Deutschland ist auch Gründungsmitglied des 2022 gegründeten Pandemiefonds, der bei der Weltbank angesiedelt und ein wichtiger Baustein einer robusten zukünftigen internationalen Pandemievorsorge ist. Um den Fortschritt bei den weltweiten Impfstraten zu beschleunigen, rief Deutschland während seiner G7-Präsidentschaft 2022 die „Last-Mile-Initiative“ zur Impfstofflogistik ins Leben. Sie hat dabei geholfen, Impfstoffe und andere medizinische Güter vor allem in Afrika zu benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu bringen.

➔ **Armut, Hunger und Ungleichheit wirksam zurückdrängen**

Die existentiellen Lebensgrundlagen von Menschen zu sichern und Armut, Hunger und Ungleichheit stärker in ihrem Zusammenspiel zu bekämpfen, sind Kernaufgabe der deutschen Entwicklungspolitik in dieser Legislatur. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hatte und hat nach wie vor fatale Auswirkungen auf die globale Ernährungssicherheit. Als schnelle solidarische Reaktion auf die Ernährungskrise hat die Bundesregierung 2022 gemeinsam mit der Weltbank und der G7 das Bündnis für globale Ernährungssicherheit (*Global Alliance for Food Security*) ins Leben gerufen. Dessen Fokus lag neben der akuten Krisenreaktion auf der Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme der Partnerländer hin zu nachhaltigen Anbaumethoden. Diese können den Menschen im ländlichen Raum eine Zukunftsperspektive mit Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten bieten und die Abhängigkeit von Importen verringern.

➔ **Sozial-ökologische Transformation entschieden vorantreiben (*Just Transition*)**

Der Übergang zu einer klimagerechten, zirkulären Wirtschaft bei gleichzeitig steigendem Energie- und Ressourcenbedarf ist ein Kraftakt für alle Länder, insbesondere aber die Länder des Globalen Südens. *Just Transition* bedeutet, diesen Übergang sozial gerecht und ökologisch zu gestalten.

Auf der Weltklimakonferenz 2023 in Dubai (COP28) ist es der Weltgemeinschaft gelungen, den Übergang von der fossilen Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energiesystemen im Konsens zu beschließen. Der Abschied von den fossilen Energien ist ein Prozess, der weltweit sozial gerecht gestaltet werden muss.

Die gerechte sozial-ökologische Transformation erfordert Investitionen. Deshalb arbeitet die Bundesregierung an der Erschließung neuer Finanzierungsquellen. Wichtig sind hierbei die von der Bundesregierung angestoßene Weltbankreform und die Mobilisierung von Investitionen des Privatsektors für den Klimaschutz und weitere Entwicklungsziele.

Um eine globale *Just Transition* zu meistern, braucht es neben Geld auch starke Allianzen. Die Bundesregierung setzt daher zum Beispiel auf langfristige Partnerschaften, die Klimapolitik und Entwicklung zusammendenken und inklusiv, also gemeinsam mit Zivilgesellschaft und Privatsektor, umsetzen. In sogenannten *Just Energy Transition Partnerships* (JETPs) unterstützen Deutschland und andere Geber die Energiewende in wichtigen Schwellenländern. Dies geschieht auch in dem wichtigen Dialog mit den Gewerkschaften der an JETP beteiligten Länder.

Mineralische Rohstoffe sind Voraussetzung für die globale Energie- und Verkehrswende sowie den digitalen Wandel. Die Bundesregierung setzt sich für den Auf- und Ausbau menschenrechtskonformer und verantwortungsvoller sowie sozial- und umweltverträglicher Rohstofflieferketten ein. Ein Fokus der Bundesregierung liegt, neben Umwelt- und Klimaschutz sowie Einhaltung der Menschenrechte, auf der Förderung von mehr lokaler Wertschöpfung in Partnerländern.

➔ **Feministische Entwicklungspolitik etablieren**

Angesichts der weltweit anhaltenden Benachteiligung von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen hat die Bundesregierung zu Beginn der Legislaturperiode einen neuen Politikansatz gewählt. Die Daten zeigen, dass die Hälfte der Weltbevölkerung nicht ausreichend am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilnimmt.

Dies ist jedoch Voraussetzung zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Mit der feministischen Entwicklungspolitik und der feministischen Außenpolitik macht sich die Bundesregierung auf globaler Ebene für die „3R“ (Rechte, Ressourcen, Repräsentanz) stark. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) möchte mit einer feministischen Entwicklungspolitik vorangehen, gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen zu erreichen, diskriminierende Machtstrukturen zu überwinden und eine menschenrechtsbasierte Politik umzusetzen.

Projekte, Fördermittel und Kredite berücksichtigen die Gleichstellung der Geschlechter nun verstärkt. Intensiv wird sich auch in den multilateralen Institutionen dazu ausgetauscht und gearbeitet. Die Gleichstellung der Geschlechter muss in allen Sektoren und in allen Regionen der Entwicklungszusammenarbeit verankert werden, damit unsere Maßnahmen allen Menschen in einer Gesellschaft gleichermaßen zugutekommen. Erst wenn alle Menschen ihr volles Potenzial ausschöpfen können, kann es ein Leben in Würde für alle auf einem lebenswerten Planeten geben.

➔ **Neue Ansätze in der Flucht- und Migrationspolitik**

117 Millionen Menschen waren Ende 2023 weltweit auf der Flucht.³ Das sind mehr als doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Dabei nehmen die Länder des Globalen Südens drei Viertel der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen weltweit auf. Die Bundesregierung unterstützt die Hauptaufnahmeländer dabei, nachhaltige und menschenwürdige Strukturen für die Aufnahme von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen zu schaffen. Damit setzt die Bundesregierung die auf dem Globalen Flüchtlingsforum der Vereinten Nationen 2023 eingegangenen Zusagen um. Über den Bildungsfonds *Education Cannot Wait* (ECW) wird beispielsweise die Schulbildung von Kindern in Fluchtkontexten gefördert. Gleichzeitig setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass Staaten soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmärkte für Flüchtlinge öffnen und ihrer Schutzpflicht damit nachkommen.

Die deutsche Entwicklungspolitik hat mit ihren Instrumenten auch maßgeblich zur Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Paradigmenwechsels in der Migrationspolitik der Bundesregierung beigetragen. Durch eine Neuausrichtung der Zentren für Migration und Entwicklung in neun Partnerländern wird die Beratung und Weiterqualifizierung von Migrationsinteressierten unterstützt – das kommt sowohl den dortigen als auch dem deutschen Arbeitsmarkt zugute.

Um dem Fachkräftemangel in Deutschland zu begegnen, setzt sich die Bundesregierung durch ihre Entwicklungspolitik dafür ein, das Potenzial von regulärer Arbeits- und Fachkräftemigration zu heben. So werden Projekte gefördert, um Fachkräfte zum Beispiel aus Marokko, Tunesien und Ägypten mit Unternehmen in Deutschland zusammenbringen und sie in Ausbildung und Arbeit zu vermitteln.

➔ **Entwicklungspolitik als Teil integrierter Sicherheit**

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine Zeitenwende für Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger ausgelöst. Die Auswirkungen des Krieges, zum Beispiel auf die globalen Nahrungsmittelpreise, zeitweilig gestiegene Energiepreise, unterbrochene Lieferketten sowie Flucht und Vertreibung, zeigen, wie sehr die Sicherheit und der Wohlstand in Deutschland und Europa von globalen Entwicklungen abhängen. Es geht dabei nicht nur um Sicherheit im Sinne der Abwesenheit von Gefahr, sondern um die Frage, wie die internationale Ordnung ausgestaltet sein muss, damit sicherheitspolitische Krisen gar nicht erst entstehen. Und es geht um die Frage, wie Deutschland weltweit zu menschlicher Sicherheit beitragen kann, d. h. zur Möglichkeit, dass Menschen weltweit ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können und damit die beste Vorsorge dafür getroffen wird, dass Krisen und Konflikte von vornherein unterbunden oder zumindest abgemildert werden.

Mit der im Juni 2023 verabschiedeten Nationalen Sicherheitsstrategie hat sich die Bundesregierung dafür erstmals einen Rahmen gegeben. Mit einer Politik der integrierten Sicherheit will sie

3 Quelle: UNHCR Global Trends Report 2023.

Deutschland wehrhafter sowie die Gesellschaft und Wirtschaft resilienter machen und einen nachhaltigen Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen erreichen. Die Nationale Sicherheitsstrategie unterstreicht, dass dafür neben einer starken Bundeswehr und einer handlungsfähigen Diplomatie auch eine engagierte Entwicklungspolitik unerlässlich ist. Die deutsche Entwicklungspolitik adressiert strukturelle Konfliktursachen wie Armut, Hunger, soziale Ungleichheit und mangelnde Teilhabe von Frauen, und sie fördert soziale Sicherungssysteme, Bildung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie leistet zudem wichtige Beiträge, bestehende Konflikte zu bewältigen oder zumindest abzumildern und mit konkreten Maßnahmen Frieden zu fördern. Gerade bei den Krisen im Sahel, am Horn von Afrika, in der Ukraine und in Nahost spielt Entwicklungspolitik dabei eine wichtige Rolle.

➔ **Instrumentenvielfalt – ein komparativer Vorteil Deutschlands in der Welt**

Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung kann auf einen Mix aus erprobten Instrumenten, Verfahren und Förderinstrumenten sowie eine Bandbreite an erfahrenen und weltweit tätigen Durchführungsorganisationen sowie nicht-staatlichen Trägern zurückgreifen. Diese wirken je nach Kontext und konkreten Bedarfen komplementär zusammen und verstärken so die Wirkungen.

Entwicklungspolitik wird dabei ressortübergreifend geleistet. 14 Bundesressorts sowie die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien sind in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv.⁴ Zudem sind die 16 Bundesländer mit eigenen finanziellen Beiträgen und Partnerschaften wichtige Akteure der deutschen Entwicklungspolitik.

Die im Koalitionsvertrag vereinbarte stärkere Koordinierung der öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA-Mittel) unter den Bundesministerien wurde durch verschiedene Maßnahmen umgesetzt, zum Beispiel in der Unterstützung von Ländern in Krisen oder Konflikten (GAAP-Konzept, Gemeinsame Analyse und abgestimmte Planung), in Umsetzung des Humanitarian-Development-Peace-Nexus,

im Klimabereich, bei Team-Europe-Initiativen und bei ressortübergreifenden Evaluierungen. Über die Runde der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre unter Leitung des BMZ stimmt sich die Bundesregierung über ODA-relevante Themen ab.

Die strukturbildende Übergangshilfe mit Mitteln für Krisenbewältigung und Wiederaufbau stärken die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) von Menschen und Institutionen in fragilen Situationen und langanhaltenden Krisen und wirkt dadurch stabilisierend und präventiv. Mit den in der 20. Legislatur neu ausgerichteten Sonderinitiativen setzt die deutsche Entwicklungspolitik zusätzliche thematische Akzente und politische Prioritäten, die sich aus dem Koalitionsvertrag ergeben. Die Sonderinitiative „Geflüchtete und Aufnahmeländer“ (SI GA) trägt beispielsweise als flexibles Kriseninstrument in Ergänzung zur klassischen Entwicklungszusammenarbeit maßgeblich zur Umsetzung des entwicklungspolitischen Ansatzes zu Flucht und Vertreibung bei. Mit der neu ausgerichteten Sonderinitiative „Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme“ (SI AGER) trägt die deutsche Entwicklungspolitik zudem dazu bei, Hunger und Mangelernährung zu bekämpfen. Sie wird in Partnerländern aktiv, die besonders von Hunger und Fehlernährung betroffen sind.

Für eine weltweit erfolgreiche Entwicklungspolitik braucht es starke, handlungsfähige multilaterale Organisationen und eine enge, gut koordinierte Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union. Im September 2023 hat Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze die neue multilaterale Strategie des BMZ vorgestellt. Die Strategie steht unter dem Leitmotiv „Soziale Gerechtigkeit weltweit“ und ergänzt bilaterale Ansätze des BMZ.

Im BMZ werden die klassischen Instrumente der technischen und finanziellen Zusammenarbeit ergänzt um die Kooperation mit der Wirtschaft, privaten Trägern, Kirchen und politischen Stiftungen.

⁴ Quelle: <https://www.bmz.de/resource/blob/125622/20-tab-3-b3-1-mittelherkunft-der-bi-und-multilaterale-oda-2021-2022.pdf>.

Impressum

HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Kommunikationsstab: Öffentlichkeitsarbeit, digitale Kommunikation

REDAKTION

BMZ, Referat L2, Politische Planung

STAND

Januar 2025

GESTALTUNG

Atelier Hauer + Dörfler GmbH, Berlin

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.